

BSH schließt sich der Klage an

Maststall: Bündnis bekommt Unterstützung

LANDKREIS/AMELHAUSEN ▪ Die von dem Bündnis „Mensch-Umwelt-Tier“ (MUT) angestrebte Musterklage gegen die vom Landkreis erteilte Baugenehmigung für einen Hähnchenmaststall in Amelhausen bekommt Unterstützung: Die Ortsgruppe Großenkneten der Biologischen Schutzgemeinschaft Hunte Weser-Ems (BSH) kündigte gestern an, sich zusammen mit anderen Naturschutzverbänden an der Klage zu beteiligen. Auch von der Kreistagsfraktion der Grünen ist Hilfe zu erwarten, teilte der stellvertretende Vorsitzende Eduard Hüfers auf Nachfrage mit.

„Es wird allerhöchste Zeit, diese Diskrepanz zwischen den Interessen des Naturschutzes und den Interessen von Investoren vor einem Verwaltungsgericht klären zu lassen“, schreibt Jürgen Oppermann von der BSH-Gruppe Großenkneten. „Dieses Bauvorhaben, das nur nach Baurecht genehmigt worden ist, verstößt klar gegen die FFH-Richtlinie der EU“, heißt es weiter. Konkret gehe es um eine „einseitige Betrachtungsweise der Immission aus diesem Maststall“, ohne dass die bereits vorhandenen Ställe berücksichtigt worden seien. Dabei habe die BSH das Bauordnungsamt schon frühzeitig auf die zusätzliche Belastung des FFH-Gebietes „Poggenpohlmohr“, das sich in unmittelbarer Nähe des ge-

planten Stalls befindet, hingewiesen und sich auch mit einer Eingabe an den Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtages gewandt. In den nächsten drei Wochen hätte über diese Eingabe entschieden werden sollen, so Oppermann. Statt diese Entscheidung abzuwarten, habe der Landkreis den Maststall genehmigt. Das habe die BSH „mit Unverständnis“ zur Kenntnis genommen.

Wie berichtet, hatte sich auch die Kreistagsfraktion der Grünen „tief enttäuscht“ von der Baugenehmigung gezeigt und überlegt, den Klageweg von Umweltorganisationen zu unterstützen. Auch die Grünen monierten das vorschnelle Vorgehen des Bauordnungsamtes. Denn hinsichtlich der zu berücksichtigenden Umweltbelastungen habe „Unsicherheit“ in der Kreisverwaltung geherrscht. Das daraufhin eingeschaltete Umweltministerium hätte auf Volzugshilfen verwiesen, die eine Arbeitsgruppe bis Ende des Jahres vorlegen wollte. Auch das sei nicht abgewartet worden.

Auf Nachfrage, ob sich die Kreistagsfraktion der Grünen inzwischen über das weitere Vorgehen einig sei, sagte Hüfers, dass sie erst heute darüber beraten werden. „Ich gehe aber davon aus, dass wir die Klage finanziell unterstützen“, so Hüfers. Und weiter: „Ich persönlich werde es auf jeden Fall tun.“ ▪ ten